

**Kohl
muß
weg!**

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD,
Jusos und Gewerkschaften

Preis 0,50 DM

10 Jahre Kohl sind genug!

**Ein Programm zum Kampf
gegen die CDU-FDP-Regierung**

Kaum eine Woche vergeht, in der die Kohl-Regierung nicht einen neuen Griff in unsere Geldbeutel und auf erkämpfte Rechte startet: Wiedereinführung von Karenztagen, Gesundheitsreform Nummer zwei, Einsparungen durch Sozialabbau (12 Milliarden bis 1993, 80 Milliarden bis 1995), Kürzung der Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit, Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1.1.93. Die Wohnungsnot wird weiter verschärft. (Die geplante „billige“ Alternative zum Jäger 90 wird mit 90 Millionen DM pro Stück veranschlagt. Für jedes Flugzeug könnten stattdessen 900 Sozialwohnungen gebaut werden).

Doch die bisher bekanntgewordenen Absichten der Kohl-Regierung

sind nicht der Höhepunkt, sondern der Auftakt zu weiteren, weit schärferen Maßnahmen.

Neue Lage in Deutschland

Die Kosten der deutschen Einheit zu kapitalistischen Bedingungen wachsen ins Gigantische, 180 Milliarden DM sollen in diesem Jahr von West nach Ost fließen. Kein Wunder, schließlich sind laut Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft seit der Währungsunion Mitte 1990 40 Prozent aller Arbeitsplätze in Ostdeutschland vernichtet worden (*Süddeutsche Zeitung*, 20.7.92). 1,3 Millionen Menschen sind im Osten arbeitslos gemeldet, weitere zwei Millionen haben keine reguläre Beschäftigung.

Gleiche Lebensverhältnisse in West und Ost, und zwar Lebensverhältnisse, die auch besser sind als derzeit

im Westen, sind möglich. Zu tun gibt es genug, also brauchen wir Arbeitsplätze für alle. Geld ist ebenfalls ausreichend vorhanden, man muß es nur dort holen wo es ist: bei den Banken, Konzernen, Unternehmern; bei den Reichen, die durch zehn Jahre Kohl-Regierung noch reicher geworden sind. (680 Milliarden DM flüssige Mittel besaßen die Unternehmen laut Bundesbank Anfang 1992).

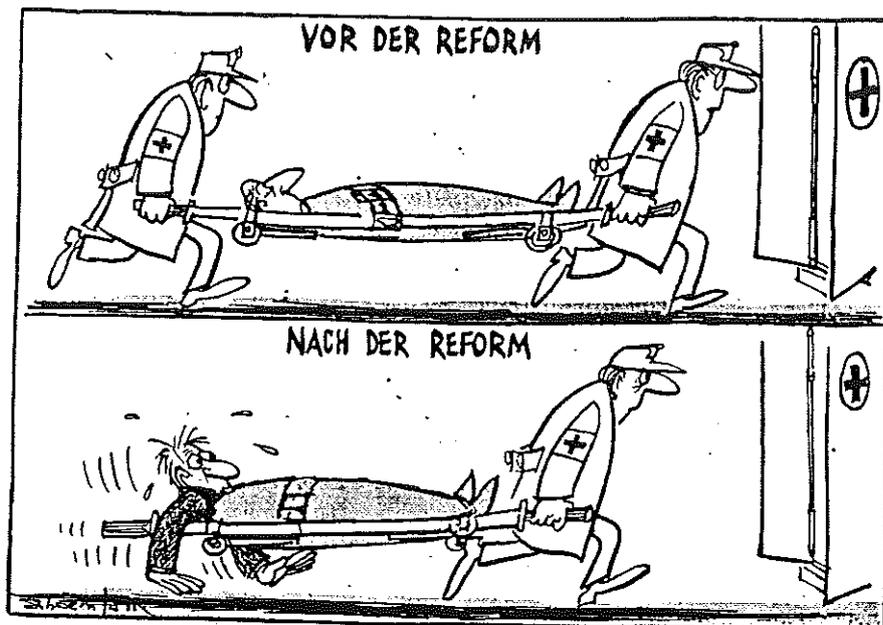
Immer noch fließt das Geld in ganz Deutschland stärker von unten nach oben als von West nach Ost.

Helmut Kohl hatte ein „blühendes Land“ versprochen aber Ostdeutschland in eine trostlose Gegend verwandelt.

**Im September 1982 schrieb der damalige
Wirtschaftsminister, Graf Lambsdorff:**

„Die schlimmste soziale Unausgewogenheit wäre eine andauernde Arbeitslosigkeit von 2 Millionen Erwerbsfähigen oder gar noch mehr.“





delt.

Dazu kommt die national und international veränderte Wirtschaftslage. Die Sonderkonjunktur aus der deutschen Einheit ist ausgelaufen, die Wirtschaft in Deutschland steuert in Richtung Rezession. Die Gewinne aus dem vergangenen Aufschwung und aus der deutschen Einheit strichen die Unternehmer ein. Die Lasten der Industriezerstörung in Ostdeutschland und der sich anbahnenden Wirtschaftskrise sollen auf die breite Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Es kommt noch schlimmer...

10 Jahre Kohl-Regierung bedeuten 10 Jahre soziale Ungerechtigkeit. Doch wenn diese Regierung weiter an der Macht bleibt, dann wird sie zu weit schärferen Maßnahmen als in der Vergangenheit greifen. Bis ins Jahr 1994 wird es keine Landtags- und Bundestagswahlen geben. Jetzt wollen Kohl und Kapital zum Frontalangriff übergehen.

Die Bundesregierung will die Bahn, Telekom und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes privatisieren. Das bedeutet Vernichtung von Arbeitsplätzen, noch mehr Arbeitshetze für die Beschäftigten, Leistungsabbau und Gebührenerhöhungen. Der Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft wird zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit führen. Dann wird die Bundesregierung die Arbeits-

losenunterstützung kürzen und bei der Sozialhilfe streichen. Über den Umweg Ostdeutschland wird sie die Tarifautonomie in ganz Deutschland aushebeln wollen. Einen Anfang hat sie schon gemacht. Alle Sparmaßnahmen, die sie bereits in der Vergangenheit durchgeführt hat, werden eine Neuauflage erleben. Allerdings in verschärfter Form. Erhöhungen bei Mieten, Steuern, Gebühren, Abgaben. Abbau von demokratischen Rechten. Ablenkungsmanöver wie Hetze gegen Flüchtlinge etc... Es wird keine soziale Errungenschaft geben, die vor Kohl und Kapital sicher sein wird.

Gegen deutsches Großmachtstreben

Diese Regierung will nicht nur unser Geld, sie will auch unser Blut. Kampfeinsätze der Bundeswehr sind ihre erklärte Absicht. Genau wie die USA im Golfkrieg begründet sie das mit dem Einsatz für Recht und Gerechtigkeit. Soll man dieser Regierung ihre humanitären Glaubensbekenntnisse abnehmen? Eine Regierung der sozialen Ungerechtigkeit im eigenen Land will für Gerechtigkeit in der Welt sorgen? Eine Regierung, die Waffen an die Türkei oder, wie jüngst geschehen, Kriegsschiffe an die Militärdiktatur in

Indonesien liefert, diese Regierung will den Militärs in anderen Ländern das Handwerk legen?

Deshalb: Nur durch Kampf gegen Kohl und Kapital können soziale Errungenschaften und Arbeitsplätze verteidigt und kriegerische Abenteuer verhindert werden.

Millionen sind stärker als Millionäre

Das hat die Tarifrunde gezeigt. CDU und Unternehmer konnten sich mit ihrem beabsichtigten Lohndiktat nicht durchsetzen. Die Verantwortung für den faulen Kompromiß geht auf das Konto der Gewerkschaftsführung.

Für einen Marsch auf Bonn

An der Basis ist der Ruf nach einem Marsch auf Bonn laut geworden. Eine große gesamtdeutsche Demonstration würde zum ersten Mal die Arbeiter in Ost und West im Kampf gegen Kohl und Kapital zusammenfassen. Bisher beschränkt sich die Gewerkschaftsführung auf Androhungen und dezentrale Aktionen. Doch eine zentrale, gut vorbereitete Kundgebung wäre auch eine Demonstration der eigenen Stärke. Denn: Erstens ist diese Regierung nur durch Massenmobilisierung zu stoppen. Zweites könnte der Spaltung in „Ossis“ und „Wessis“ wirksam begegnet werden. Solidarität heißt nämlich nicht, verzichten, sondern gemeinsam für gemeinsame Interessen kämpfen.

SPD und Gewerkschaften sollten zu einem „Marsch auf Bonn“ aufrufen. Geeignet wäre zum Beispiel der dritte Oktober. Entscheidend ist, daß sie ein Datum beschließen und dann dafür mobilisieren.

Neuwahlen

Verbunden mit der Forderung nach sofortigen Neuwahlen könnte solch eine Mobilisierung die verhaßte Kohl-Regierung stürzen. Diese Regierung hat keine Mehrheit mehr, das belegen Meinungsumfragen. Diese Regierung

**„Wir verlangen die notwendigen Opfer nicht von der schwachen Einkommenschicht, sondern von denen, denen die Opfer eher zugemutet werden können.“
Helmut Kohl 1982**

„Früher sind die Menschen mit 35 Jahren jubelnd und fröhlich gestorben, während sie sich heute bis 80 durchjammern.“ Norbert Blüm, 1988

ist durch Wählertäuschung an die Macht gelangt. „Keinem wird es schlechter gehen“ und „Keine Steuererhöhungen“ – das waren die Worte Helmut Kohls vor der Wahl.

Die von uns genannten 680 Mrd DM sind nur die schnell verfügbaren Mittel. „Nach Schätzungen der Bundesbank hatten die westdeutschen Produktionsunternehmen zum Ende vergangenen Jahres die gigantische Summe von 1670 Mrd DM als Geldvermögen auf der hohen Kante, ein gutes Drittel davon rasch mobilisierbar.“ (Die Zeit Nr. 34 vom 14.8.92)

Falls die Regierung hart bleibt, an ihren Angriffen festhält, müssen auch die Gewerkschaften hart bleiben. Der Marsch auf Bonn muß dann als Ausgangspunkt für einen 24-stündigen Generalstreik in ganz Deutschland genutzt werden. Ansätze für einen verallgemeinerten Kampf gab es bereits in der diesjährigen Tarifrunde: Solidaritätsstreiks von ÖTVlern Ost mit ÖTVlern West, gemeinsame Kundgebungen von ÖTV, IGM und anderen Gewerkschaften.

Schlappe SPD-Opposition

Die Kohl-Regierung wäre längst weg, spätestens nach dem Streik im öffentlichen Dienst, wenn die SPD-Führung nicht solch eine schlappe Oppositionspolitik machen würde. Schlimmer noch, in entscheidenden Punkten trug und trägt sie die Politik der Regierung mit: Steuererhöhungen, Solidaritätszuschlag, Rentenreform, Asylverfahren, Bundeswehreinräufe.

So darf es nicht weitergehen. Wir brauchen eine radikal andere Politik, um uns gegen Kohl und Kapital zu verteidigen. Wir kämpfen in der SPD dafür, daß die Partelführung unsere Interessen so konsequent vertritt, wie die CDU/FDP die Interessen der Unternehmer vertritt. Wir fordern statt einer

Politik von „Schweiß und Tränen“ (Engholm), eine Politik, die die Damen und Herren Millionäre und Milliardäre, die Spekulanten und Miethale, ins Schwitzen bringt, eine Politik die an das Geld herangeht, das in 10 Jahren Umverteilungspolitik auf den Bankkonten der Konzerne und Unternehmer aufgehäuft worden ist. Statt Massenentlassungen – Enteignung von Unternehmern, die ihre Betriebe schließen wollen. Statt Rüstungsexporten – Enteignung der Rüstungsindustrie. Statt Wohnungsnot – Enteignung von Hausbesitzern, die Wohnungen aus spekulativen Gründen leerstehen lassen, Enteignung von Bodenspekulanten und Miethalen. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit.

Sozialistisches Programm

Die SPD braucht ein sozialistisches Programm, d.h. Maßstab der Politik muß die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung sein. Wenn es in der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht möglich ist, so grundlegende Dinge wie Arbeit, eine bezahlbare Wohnung, eine gesunde

Umwelt und Frieden zu schaffen, dann brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wir brauchen eine sozialistische Demokratie, in der demokratisch entschieden wird, was und wie produziert wird.

Für eine andere SPD-Politik

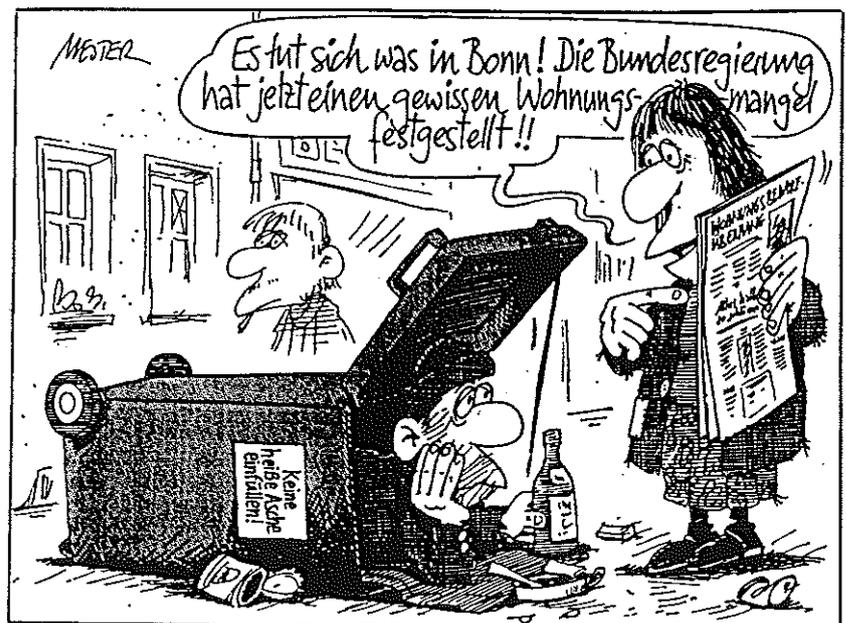
Sicher, die jetzige SPD-Führung ist Lichtjahre von einer offensiven Politik gegen Kohl und Kapital entfernt, aber das kann man ändern. Wir können und wir wollen die SPD-Führung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Die einzige Alternative zu einer CDU-Re-

**„Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen.“
Bauminister Oskar Schnelder 1982**

gierung ist eine SPD-Regierung.

Um eine andere Politik in der SPD durchzusetzen, muß die Partei von unten her belebt werden. Wo steht, daß sich die 900.000 SPD-Mitglieder von ihrer Führung auf der Nase herumtanzen lassen müssen? Und jeder, der von 10 Jahren Kohl die Nase voll hat, soll in die SPD hineingehen und sich für eine andere Politik einsetzen.

Wir fordern die SPD- und DGB-Führung auf, im Herbst eine Offensive gegen die Kohlregierung zu starten und am 3. Oktober, dem „Tag der deutschen Einheit“, eine bundesweite Demonstration in Bonn zu organisieren.



Unser Anti-Kohl-Programm

- ★ **Kein weiterer Sozialabbau**
- ★ **Keine Einführung von Karenztagen**
- ★ **Stopp aller Privatisierungen.**
- ★ **Arbeit für alle; gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West**
- ★ **Bezahlbare Wohnungen für alle**
- ★ **Weg mit Seehofers Gesundheitsreform**
- ★ **Pflegeversicherung auf Kosten der Unternehmer**
- ★ **Keine militärischen Einsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Schirmherrschaft**
- ★ **Sofortige Neuwahlen, da die Regierungskoalition keine**

Mehrheit mehr in der Bevölkerung hat

- ★ **Für eine sozialistische Politik: 'Ran an die 680 Milliarden, die die deutschen Unternehmer angesammelt haben. Schluß mit der Diktatur von Banken und Großkonzernen: Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.**
- ★ **Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht die Profite der Millionäre, sondern die Interessen von Millionen entscheiden.**

Was ist VORAN?

VORAN ist eine Zeitung, die von Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften herausgegeben wird. Wir verstehen den Marxismus nicht als graue Theorie, sondern als lebendige Anleitung zum Handeln. Für uns scheiterte in Osteuropa nicht der Sozialismus, sondern seine übelste Karikatur, der Stalinismus. Wir kämpfen für die sozialistische Erneuerung von SPD und Gewerkschaften und für die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems, das die Mehrheit der Menschheit in Unterdrückung, Ausbeutung und Armut hält.

Kontakt über:

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon: 0221 / 13 45 04, Telefax: 0221 / 13 72 80

Ich möchte

- VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen
- VORAN kennenlernen und deshalb ein „Schnupperabo“ bestellen (3 Ausgaben zu 5,- DM – Betrag bitte in Briefmarken oder Geldschein beilegen)
- Ein VORAN-Jahresabo (10 Ausgaben zu 18,- DM) bestellen
- eine VORAN-Materialliste zugeschickt bekommen (VORAN-Broschüren, Buttons, T-Shirts u.ä.)

Name _____

Straße _____

Ort _____

Telefon _____

Bitte senden an VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1